

**Antwort
der Bundesregierung**

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Gerhard Reddemann, Robert Antretter, Rudolf Bindig, Lieselott Blunk (Uetersen), Wilfried Böhm (Melsungen), Klaus Bühler (Bruchsal), Hans Büchler (Hof), Leni Fischer (Unna), Dr. Ingomar Hauchler, Dr. Uwe Holtz, Peter Kittelmann, Walter Kolbow, Christian Lenzer, Heinrich Lummer, Erich Maaß (Wilhelmshaven), Günter Marten, Ulrike Mascher, Dr. Reinhard Meyer zu Bentrup, Meinolf Michels, Dr. Günther Müller, Gerhard Neumann (Gotha), Albert Pfuhl, Dr. Albert Probst, Manfred Reimann, Dr. Hermann Scheer, Günter Schluckebier, Michael von Schmude, Dr. Hartmut Soell, Dr. Rudolf Sprung, Heinz-Alfred Steiner, Dr. Cornelia von Teichman, Margitta Terborg, Friedrich Vogel (Ennepetal), Benno Zierer

— Drucksache 12/5405 —

Nord-Süd-Zentrum des Europarates

Nachdem das vom Europarat ins Leben gerufene Nord-Süd-Zentrum in Lissabon seine Aufgaben während der dreijährigen Pilotphase trotz gewisser Anlaufschwierigkeiten und Mängel weitgehend erfüllt hat und die Ergebnisbilanz insgesamt positiv zu beurteilen ist, hat sich die Parlamentarische Versammlung des Europarates während ihrer Mai-Tagung für eine Fortsetzung der Arbeit des Zentrums ausgesprochen und an die Mitgliedstaaten appelliert, dem Zentrum beizutreten, soweit dies noch nicht der Fall ist.

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Rolle des Nord-Süd-Zentrums des Europarates und seine bisher geleistete Arbeit?

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß das vom Europarat ins Leben gerufene Europäische Zentrum für globale Interdependenz und Solidarität (Nord-Süd-Zentrum) in Lissabon seine Aufgaben während der dreijährigen Pilotphase trotz gewisser Anlaufschwierigkeiten weitgehend erfüllt hat. Trotz seines geringen Budgets und seiner geringen personellen Ausstattung hat das Zentrum in einigen Bereichen nützliche Arbeit geleistet.

Durch den Beitritt mittel- und osteuropäischer Staaten zum Europarat hat die Arbeit im Europarat und damit auch für das Zentrum in den letzten Jahren eine zusätzliche Dimension erhalten. Die Entwicklung eines Bewußtseins für wachsende globale Interdependenz in der öffentlichen Meinung in Europa ist im Interesse der Entwicklungspolitik und der von uns angestrebten gemeinsamen europäischen Außenpolitik wichtig.

2. Wäre die Bundesregierung bereit, sich im Ministerkomitee für eine Fortsetzung der Arbeiten des Zentrums einzusetzen und dem Nord-Süd-Zentrum beizutreten, um dessen Arbeit über die bisherigen freiwilligen Beiträge hinaus auch finanziell stärker unterstützen zu können?

Auf der 496. Tagung des Komitees der Ministerbeauftragten vom 14. Juni bis 18. Juni 1993 war nach Ende der dreijährigen Evaluierungsphase über das Fortbestehen des Europäischen Zentrums für Interdependenz und weltweite Solidarität (Nord-Süd-Zentrum), geschaffen in der Form eines Teilabkommens durch die Resolution (89) 14 vom 16. November 1989, zu entscheiden. Die Bundesregierung hat dem Konsens, mit dem der Bestand dieser autonomen Institution des Europarates bestätigt worden ist, zugestimmt.

Einem deutschen Beitritt steht die schwierige Haushaltssituation des Bundes und der Beschuß des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages entgegen, wonach grundsätzlich keine neuen institutionellen Zuwendungsempfänger in die Förderung aus dem Bundeshaushalt aufzunehmen sind.

Auch eine Aufnahme der Kosten einer Mitgliedschaft im Teilabkommen des Europarats für das Zentrum in bestehende Haushaltssätze stößt auf Schwierigkeiten. Angesichts der jetzt festgelegten mittelfristigen Finanzplanung des Bundes werden die Mittel für entwicklungspolitische Bildung im Einzelplan 23 in absehbarer Zeit voll für aus Sicht der Bundesregierung vorrangige Aufgaben der entwicklungs politischen Bildungsarbeit in Deutschland insbesondere der schulischen Bildungsarbeit in Anspruch genommen werden.